



MACHT UND MANIPULATION

Die Zerstörung der Demokratie mit demokratischen Mitteln

Von PROF. EBERHARD HAMER | Wochenlang trommelte die Presse vor der letzten Europawahl, wir müssten „die europäische Demokratie durch unsere Wahlteilnahme bestätigen“. Mehr als 200 Millionen Bürger haben gewählt (über 100 Millionen Euro Kosten). Der als Sieger hervorgegangene Kandidat aber wurde nicht Kommissionspräsident, sondern eine wegen Beraterkorruption in Deutschland unter Druck geratene „Lieblingsministerin“, die für die Europa-Wahl weder aufgestellt war noch kandidiert hatte noch die Legitimation der Wähler hatte. Offenbar waren andere Strippenzieher stärker als alle demokratischen Grundsätze. Die Wahl war eine Farce. Ein Betrug am Wähler. Eine Komödie für ein ganz anderes Spiel.

Die Demokratie ist das Freiheitsideal der gebildeten Mittelschicht gegen die Machtansprüche der Oberschicht und der Funktionäre der Unterschicht. Insofern ist die von uns gewünschte Demokratie ein labiles System, das immer wieder gegen Machtansprüche und Angriffe verteidigt werden muss. Die wirkliche Demokratie steht immer wieder in der Gefahr, durch Manipulationen verfälscht zu werden, durch zentrale Macht zu erodieren und durch die Vertreter der Demokratie selbst missbraucht zu werden:

1. Beispiel ist die EU-Scheindemokratie. Die Kommission wird nicht gewählt, sondern von den Mitgliedsländern bestimmt. Ebenso der Kommissionspräsident. Die Kommissare sind also wie im kommunistischen Rätssystem nicht Parlamentsvertreter, sondern Zentralisten. Nicht die Bürger bestimmen das EU-Parlament oder die Politik, sondern Europa-Netzwerke und internationale Mächte (Großkapital, NATO). Mit der Demokratie, wie wir sie uns vorstellen, hat Europa wenig zu tun, wird auch immer mehr zum Zentralstaat unter einer nicht gewählten Zentralregierung. Europawahlen sind nur scheindemokratisches Alibi.

2. In einer Demokratie soll angeblich jede Stimme zählen, soll der Abgeordnete seinen Wähler verantwortlich und rechenschaftspflichtig sein und soll auf diese Weise die Bodenhaftung der Abgeordneten zu ihren Wählern gesichert sein. In einer Massengesellschaft kann aber keine direkte Demokratie mehr durchgeführt werden, also sollen gemäß Art. 21 GG „Parteien bei der politischen Willensbildung mitwirken“.

Inzwischen aber wirken die Parteien nicht mehr nur mit, sondern sie herrschen. Letztlich entscheiden sie darüber, wer als Abgeordneter aufgestellt wird, wer gewählt wird, welchen Einfluss welcher Abgeordnete hat, wer in die Regierung kommt und in welche Ämter.

Der ursprüngliche Kampf der Meinungen unter den Abgeordneten hat sich in der Parteiendemokratie zum Herrschaftskampf in und um die Partei und um die Macht der Parteien entwickelt. Der Abgeordnete ist auch nicht mehr – wie Art. 21 GG das will – nur seinem Gewissen unterworfen, sondern der Parteiloyalität. Pariert er nicht, wird er zurückgestuft oder entfernt. Und mit den Listenplätzen hat die Partei fast die Hälfte der Abgeordneten direkt in der Hand, haben sie das Mandat nicht ihrer Person wegen, sondern aus der Gnade ihrer Partei. Die Abgeordneten sind somit nur noch „Stimmvieh“ in der Hand weniger Strippenzieher – was unser Bild von den Direktwahlen und der Abgeordnetenfreiheit umgekehrt. Die Macht wird nicht

mehr von unten nach oben, sondern längst durch die Parteien von oben nach unten in die Parteienniederungen ausgeübt.

3. Eigentlich ist auch das System einer Regierungsbildung durch eine Parlamentsmehrheit undemokratisch. Das Parlament soll die Regierung kontrollieren, müsste also der Gegenpol zur Regierung sein. Statt eine Regierung über eine Abnickmehrheit im Parlament über ihre Handlungen verfügt, müsste sie eigentlich einer Mehrheit an Kritikern gegenüberstehen, um sich zu rechtfertigen, die Gesetze zu verbessern und in den Parlamenten wirkliche Diskussionen führen, um den richtigen Weg zu gewährleisten.

Eine von der Parlamentsmehrheit gestellte und getragene Regierung kann dagegen jede Opposition völlig vernachlässigen – wie zurzeit die AfD – hat also keine Parlamentsdebatte zu fürchten, deshalb eigentlich nicht mehr zu führen, hat das Parlament zum eigenen Hilfsdiener degradiert, was im Gegensatz zur demokratischen Demokratie der Exekutivkontrolle durch die Legislative steht.

4. Auch das System der Diäten bringt Korruption in die Demokratie, weil die hohen Diäten umso attraktiver sind, je weniger eine Person verdient und leistet. Unternehmer sind deshalb selten im Bundestag.

Um auszuschalten, dass politische Mandate der Diäten wegen angestrebt werden, müssten die Diäten neutralisiert werden, also jeder Abgeordnete nur das bekommen, was er bisher in den letzten drei Jahren auch selbst verdient hat. Damit wäre die politische Karriere kein einseitiger Vorteil für private Versager mehr, sondern wieder Ausdruck von Verantwortungsbewusstsein.

5. Die größte Gefahr jeder wirklichen Demokratie ist die Bestechung. Dabei lassen sich die Abgeordneten von Spenden oder Scheinposten in Firmen bestechen, aber mehr noch die Parteien selbst. Wer sich bestechen lässt, handelt nicht mehr

frei, sondern im Auftrage. Hierin liegt einer der Gründe, weshalb unsere Politik nach dem Willen der Oberschicht (Banken und Konzerne) und Unterschicht (Gewerkschaften und ihre Suborganisationen) „fremdgelenkt“ wird.

Der Mittelstand dagegen, der zwei Drittel der Arbeitsplätze und 61 Prozent aller Zahlungen an den Staat leistet, wird mehr als andere Bevölkerungsgruppen bürokratisch gegängelt, mit Abgaben stranguliert, bei Subventionen und Transferleistungen übergangen und von den Staatsmedien diffamiert, weil er sich keinen politischen Einfluss erkaufen kann wie die Randgruppen. Auch hier ist Demokratie verfälscht und durch Korruption ins Gegenteil verkehrt worden.

6. Wer wirklich Einfluss im Staat hat, entscheiden letztlich nicht Abgeordnete, Parteien und Regierung, sondern Lobbyisten und Berater. Die internationale Hochfinanz hat nicht nur im Bundesfinanzministerium ihre Vertreter sitzen, sondern beherrscht auch die Armee der Lobbyisten und Berater – wie sich an dem von der Leyen-Skandal in der Bundeswehr gezeigt hat. Die Kombination von Spenden und internationaler Lobbyistenmacht hat längst den Einfluss einzelner Abgeordneter oder Parteien oder selbst von Ministern überrollt, zumal sich die Lobbyistennetzwerke organisiert haben. Hier ist eine Macht im Staate, die der wirklichen Demokratie von innen heraus gefährlich geworden ist.

7. Nach § 38 SGG sind die Abgeordneten „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“. Auch dies hat sich durch die Macht der Medien geändert. Die internationalen Medienagenturen und -konzerne bestimmen heute mehr als die Parteien, was „political correct“, was herrschende Meinung zu sein hat. Und diese Medienmeinung wird wiederum mit Millionen Geldern des Großkapitals (Soros, Gates, Goldman-Sachs, BlackRock) gesteuert. Innenpolitisch hat Soros mit Merkel den „Kampf gegen rechts“ mit mehr als 100 Mio. Euro vor einem Jahr ausgerufen und seitdem eine bundesweite Pressewelle gegen alles, was rechts scheint, finanziert und

mobilisiert.

Der Abgeordnete Wolfgang Bosbach sagte einmal in einem Interview, dass er das, was politisch aktuell sei, nicht im Bundestag, sondern immer morgens in Bild und Spiegel zu lesen bekäme. Ähnliche Aussagen gibt es vielfältig von anderen Politikern. Wer als Politiker gegen die publizierte herrschende Meinung steht, ist verloren, wird geschlachtet. Nur wer den vorgeschriebenen Choral mitsingt, darf weiter mit dabei sein.

Die Macht geht eben nicht mehr vom Volke aus, sondern von den vom Großkapital gelenkten Medien.

8. Die „Grünen“ haben sich einen neuen Trick zur Eroberung der Demokratie überlegt: Sie wollen die bürgerliche Mehrheit von Regierung und Gesellschaft dadurch sprengen, dass sie unbegrenzte Zuwanderung in die Unterschicht ermöglichen, den Immigranten alle staatsbürgerlichen Rechte – auch das Wahlrecht – geben und damit bürgerliche proletarische Wählermehrheiten zu machen und eine grüne Unterschichtendiktatur zur Durchsetzung ihrer Ziele zu erreichen.

Die Idee scheint richtig. Ein System, das auf der Gleichheit aller Wählerstimmen beruht, kann ausgehebelt werden, wenn man durch Massenimmigration Wähler importiert und die Demokratie so systemimmanent zur grünen Diktatur sprengt.

Wenn „die Demokratie die beste unter allen schlechten Staatsformen“ ist, sollten wir nicht glauben, dass diese sich aus Vernunft selbst erhält. Sie steht mehr in Gefahr von innen, als von außen zerstört zu werden. Am meisten von solchen Leuten, die sie zu verteidigen behaupten.



Prof. Eberhard Hamer.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Pr
of
.
Dr
.
Eb
er
ha
rd
Ha
me
r
*(**
15
.
Au
gu
st
19
32
in
Me
tt
ma
nn
)
is
t
ei

n
de
ut
sc
he
r
Ök
on
om
. Se
in
Sc
hw
er
pu
nk
t
is
t
di
e
Mi
tt
el
st
an
ds
ök
on
om
ie
. In
de
n
19

70
er
Ja
hr
en
gr
ün
de
te
er
da
s
pr
iv
at
ge
fü
hr
te
Mi
tt
el
st
an
ds
in
st
it
ut
Ni
ed
er
sa
ch
se
n
in

*Ha
nn
ov
er
un
d
ve
rö
ff
en
tl
ic
ht
e
üb
er
20
Bü
ch
er
zu
m
Th
em
a
Mi
tt
el
st
an
d.
Ha
me
r
er
hi
el*

t
19
86
da
s
Ve
rd
ie
ns
tk
re
uz
am
Ba
nd
e
de
s
Ve
rd
ie
ns
to
rd
en
s
de
r
Bu
nd
es
re
pu
bl
ik
De
ut

sc
hl
an
d.
Se
in
e
Ko
lu
mn
e
er
sc
he
in
t
ei
nm
al
wö
ch
en
tl
ic
h
au
f
PI
-
NE
WS
.



Kommunalwahl in Frankreich: Starke Grüne – schwacher Macron

Von CANTALOOOP | Ein Blick ins nahegelegene Frankreich/Elsaß verdeutlicht einen allgemeinen Trend innerhalb ganz Europas. Wo Politikverdrossenheit herrscht, der Islam prosperiert und konservativ-liberale Kräfte schwächeln, entstehen starke grüne Verbände, insbesondere in den urbanen Zentren. Dass die 12-Millionen-Metropolregion Paris ja schon seit geraumer Zeit von einer ebenso verbohrten wie autohassenden Sozialistin, namens Anne Hidalgo (Parti Socialiste) regiert wird, ist ja hinlänglich bekannt. Sie und ihre Genossen konnten sich ebenfalls behaupten.

Nun haben Straßburg, Besançon, Lyon, Marseille, Bordeaux und [viele andere Städte in Frankreich grüne Bürgermeister](#). Bisher war Grenoble die einzige große Stadt mit einem „maire vert“. Das Ergebnis gilt als Fiasko für das Mitte-Lager von Präsident Macron. Die Wahlbeteiligung war unglaublich niedrig. Zum Teil betrug sie nur knapp 25 Prozent.

Auch Marseille fortan links statt bürgerlich

An der Côte d’Azur, genauer im Raum Marseille, wo man sich stellenweise eher im Maghreb als in Frankreich wähnt, lag

ebenfalls ein Linksbündnis um die Umweltschützerin Michèle Rubirola vorn – dort regierte 25 Jahre lang der Konservative Jean-Claude Gaudin. Die bürgerliche Rechte hielt dort gerade noch historische Bastionen wie Nizza oder Toulouse. Hohe Einwandererzahlen bedingen, trotz der damit einhergehenden Problematik, eben immer auch eine ebenso starke grünlinke Politik. Obwohl man eigentlich eher das Gegenteil erwarten würde.

Die Sprecherin von Europe Écologie – Les Verts (EELV), Eva Sas, sprach von einer „grünen Welle“. Auch Macron sprach nach Angaben seines Büros von einer „grünen Welle“ in Frankreich. Als Konsequenz wird eine Kabinettsumbildung erwartet. Er äußerte sich zudem „besorgt über die geringe Beteiligung“, insgesamt lag sie bei dieser Stichwahl etwas höher als beim ersten Wahlgang im März, mit rund 37 Prozent jedoch historisch niedrig.

Ob die einstige Grande Nation, die aktuell nur rund fünf Prozent ihres Strombedarfes mit erneuerbaren Energien deckt, nun auch mit Windrädern und Solarpanels zugepflastert wird, bleibt abzuwarten. Einen weiteren Profiteur dieser Wahl gibt es aber zweifellos. Es ist der (politische) Islam, der nun, befeuert von grüner Lokalpolitik, in seinem expansiven Kurs kaum noch aufzuhalten sein dürfte.

Siehe auch:

» [Gudrun Eussner zum Wahlsieg](#) des RN-Kandidats Louis Aliot in Perpignan



35 Anti-Terror-Einheiten gegen „Antifa“ in USA

Von COLLIN MCMahon | Am Wochenende gingen die gewaltsamen linksradikalen Ausschreitungen in den USA weiter, bei denen bisher mindestens 700 Polizisten verletzt wurden. Justizminister Bill Barr kündigte an, mit Anti-Terror-Spezialeinheiten gegen die sog. „Antifa“ vorzugehen. Über 500 Ermittlungsverfahren laufen bereits.

In Louisville, Kentucky schoss ein „Demonstrant“ auf einer „Black Lives Matter“-Demo wahllos in die Menge und tötete mindestens einen Menschen. (Achtung: Video enthält Gewaltdarstellung). In der anarchistisch besetzten Zone von Seattle CHAZ wurden bei der fünften Schießerei am Montag Morgen zwei Menschen verletzt, einer mit Kopfschuss.

In St. Louis, Missouri wollte eine Gruppe älterer Priester die Statue des Hl. Ludwig vor einer gewalttätigen Horde verteidigen und wurde mit Stöcken angegriffen. Im linken Portland, Oregon versuchte die „Antifa“ ein Polizeirevier anzuzünden und musste von massiven Polizeikräften zurückgedrängt werden.

In St. Louis brach ein randalierender Mob von etwa 300 das Tor einer privaten Wohnanlage ein, beschmierte das Anwesen mit Graffiti und bedrohte die Anwohner. Ein Paar, das dort auf der Terrasse zu Abend aß, stellte sich bewaffnet vor ihr Haus, um es zu schützen und erlangten so viralen Weltruhm. Die Soros-

[fianzierte Staatsanwältin](#) von St. Louis, Kim Gardner, ermittelt nun – nicht gegen den wütenden Mob, sondern gegen das Pärchen.

A St. Louis couple in front of their home tonight as protesters marched past in the city's Central West End. (photos courtesy [@ksdknews](#) partner [@BILLGREENBLATT](#) / UPI) [#StLouisprotest](#) [#STL](#) [pic.twitter.com/I7VlUBUhZ2](#)

– Casey Nolen (@CaseyNolen) [June 29, 2020](#)

In Harlem kam es zu [gewaltsamen Ausschreitungen](#), die Polizeigewerkschaft rief dazu auf, den linken Bürgermeister Bill de Blasio, [seit 2000](#) tief mit der radikalen [Soros-finanzierten](#) „Schattenpartei“ innerhalb der Demokraten verbandelt, zur Rechenschaft zu ziehen. Die politisch motivierten Unruhen treffen oft schwarze Gemeinden am härtesten, die sich mehr Polizei und Sicherheit wünschen. Die Zustimmung zur Politik Trumps stieg mittlerweile laut [Rasmussen](#) unter Nicht-Weißen höher (bis 58 Prozent vergangene Woche) als unter weißen Amerikanern (bis 47 Prozent vergangene Woche).

In Chicago wurden dank der geringen Polizeipräsenz [am Wochenende 60 Menschen angeschossen](#), 16 davon tödlich. Seit einem Monat werden aufgrund der Zurückdrängung der Polizei jedes Wochenende in Chicago dutzende Menschen erschossen, vornehmlich Schwarze, ohne dass die sogenannte „Black Lives Matter“-Bewegung sich daran störte. Am Wochenende vom 20.6. wurden 104 Menschen in Chicago angeschossen, 14 davon tödlich.

Dort, wo das Gesetz nicht von linksradikalen Bürgermeistern und Lokalpolitikern behindert wird, reagiert die US-Justiz mit aller Härte des Gesetzes: Im konservativen Oklahoma klagte ein Richter mehrere Randalierer wegen [Terrorismus, Körperverletzung und Landfriedensbruch](#) an, mit den Worten: „Wir sind hier nicht in Portland. Wir dulden sowas hier

nicht.“

„Die US-Regierung wird jetzt die volle Härte des Gesetzes gegen die Antifa, BLM, Randalierer und ihre radikalen Unterstützer im In- und Ausland anwenden“, sagte der AfD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss Petr Bystron. „In Stuttgart und den anderen No-Go-Zones in Deutschland wird man leider noch eine Weile auf solche Entschlossenheit in der Regierung warten müssen.“

US-Justizminister Bill Barr hat in einem Gespräch mit Senator Ted Cruz und Journalist Michael Knowles (Video oben) angekündigt, mit 35 Anti-Terror-Einheiten im ganzen Land gegen die „Antifa“, „BLM“ und Randalierer zu ermitteln. Die US-Bundesregierung sei lediglich für die Aufklärung von Bundesverbrechen zuständig, so Barr, für die Gewährleistung der Sicherheit vor Ort seien die lokalen Polizeikräfte zuständig.

„Wir benutzen das System, das wir geschaffen haben, um gegen Terroristen vorzugehen, und die geben jetzt Vollgas, mit jeder Menge Anklagen gegen diese Gewalttäter. Wir haben schon dutzende Anklagen wegen Brandstiftung, Sachbeschädigung von Bundeseigentum, etc. Wir haben jetzt über 500 Ermittlungsverfahren laufen. Wir werden diese Leute zur Rechenschaft ziehen, keine Frage“, so Barr. Das Problem seien vielmehr die lokalen Behörden vor Ort, oft in links-regierten Städten: „Sie machen ihren Job einfach nicht.“

US-Justizminister Barr widersprach der oft gehörten Behauptung, die sogenannte „Antifa“ sei nur eine lose Gruppe und keine Organisation. Es gebe „starke Anzeichen“ eines organisierten Vorgehens bei den gewaltsamen Ausschreitungen, so Barr. „Im Grunde hat man eine große Gruppe von Demonstranten, von denen einige friedlich demonstrieren, aber dann gibt es eine oft sehr große Gruppe von Aufwiegler und Provokateuren, die versuchen, gewalttätige Ausschreitungen herbeizuführen. Diese Leute scheinen sehr gut vernetzt zu

sein. Viele davon hängen mit der sogenannten ‚Antifa‘ zusammen, aber sie verwenden unterschiedliche Namen. Das sind Anarchisten, die das Land zerstören wollen.“

Gegenwärtig werden die Videos der Randalierer ausgewertet, so Barr. Auf das Niederreißen von Statuen im Bundeseigentum stehe z.B. eine Gefängnisstrafe von zehn Jahren. Das Niederreißen von Statuen von Freiheitskämpfern wie Abraham Lincoln oder Gen. Ulysses S. Grant (der die Sklaverei abgeschafft und den KKK vernichtet hat) geschehe aus „Ignoranz“. „Es ist Anarchie, ganz einfach.“

Ebenso sei zu prüfen, wie die großen Internet-Firmen ihre Marktmacht missbrauchten, um den politischen Diskurs zu zensieren, so Barr. „Die Meinungsfreiheit ist das, was unsere Freiheit und einen regen Austausch der Ideen garantiert“, so Barr. „Aber diese Riesen haben eine starke Kontrolle über die Meinungsfreiheit in diesem Land bekommen.“ Die Internetriesen hätten einen „Etikettenschwindel“ betrieben, da sie sich als neutrale Plattformen für alle Meinungen ausgegeben hätten, um der Regulierung als Sender oder Verleger zu entgehen, aber würden jetzt doch konservative Meinungen zensieren. Die Internetriesen müssten in Zukunft sehr klare Richtlinien herausgeben und sich daran halten. Sperrungen und Löschungen müssten mit diesen Richtlinien konkret begründet werden, so Barr. Außerdem müssten Nutzer gewarnt werden, bevor sie gesperrt werden, und ihnen die Gelegenheit gegeben werden zu reagieren. Die US-Regierung prüfe sonst rechtliche Schritte gegen die Internet-Riesen.

Vergangene Woche sei sogar der Präsident der Vereinigten Staaten von Twitter zensiert worden, weil er geschrieben habe, die Polizei werde eine gesetzlose Zone in der Hauptstadt der USA verhindern. Das sei nach Auffassung von Twitter ein „Aufruf zur Gewalt“ gewesen, kommentierte Senator Ted Cruz fassungslos.



AKK löst KSK-Kompanie auf

Von MANFRED ROUHS | Teile der deutschen Sicherheitskräfte sind offenbar einer existentiellen Bedrohung ausgesetzt. Die kommt diesmal nicht von außen, und sie geht auch nicht von Terroristen im Inneren aus. Die Bedrohung kommt von oben, aus der Bundesregierung. Nachdem Ursula von der Leyen der Bundeswehr einen zumindest für deutsche Verhältnisse einmaligen finanziellen Skandal um Beraterverträge beschert und fanatisch versucht hat, die deutsche Armee von ihren historischen Wurzeln abzuschneiden, löst nun Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer eine von vier Kompanien des Kommandos Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr auf – [wegen angeblicher „rechtsextremer Tendenzen“](#).

Widerspruch aus den Streitkräften gegen diese Entscheidung ist nicht zu erwarten. Der Generalstab geht vorsichtshalber lieber in Deckung, denn wer will sich schon des Verdachts aussetzen, möglicherweise selbst mit „Rechtsextremisten“ zu sympathisieren? Eine Beschwerde beim Parlament wäre offensichtlich aussichtslos. Denn dort lauert die Wehrbeauftragte Eva „Teletubbi“ Högl, um die eigene Truppe bei Bedarf unter Beschuss zu nehmen. Wer von der Leyen, Kramp-Karrenbauer und Högl an seiner Seite weiß, der braucht keinen Feind mehr. Diese drei Damen sind aus Sicht unserer Soldaten der Feind in den eigenen Reihen.

Entsprechend massiv kritisierte der Vorsitzende des AfD-

Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik, Georg Pazderski, die Auflösung der 2. Kommandokompanie des KSK:

„Die Bundesverteidigungsministerin bekräftigt mit dieser Entscheidung den unsäglichen und völlig unbegründeten Generalverdacht gegen alle unsere Soldaten. Kramp-Karrenbauer schwächt die ohnehin kaputtgesparte Truppe durch einen weiteren moralischen Tiefschlag und setzt so Deutschlands Sicherheit fahrlässig aufs Spiel.

Wie schon mit der katastrophalen Aussetzung der Wehrpflicht durch einen Unionsminister hat die einstmals konservative Altpartei erneut unter Beweis gestellt, dass sie aus machttaktischen Erwägungen jederzeit bereit ist, Grundsatzpositionen aufzugeben und sogar die Diener unseres Staates rücksichtslos vor den Kopf zu stoßen. Dies wird auch im Ausland sehr aufmerksam beobachtet und negativ in die ohnehin kritische Einschätzung der Bündnistreue Deutschlands einfließen.“

Das KSK gehört zu den wenigen Einheiten der deutschen Streitkräfte, um die uns der etwas besser informierte Teil der zivilisierten Welt beneidet, während andere Einheiten international eher bemitleidet werden: nicht nur der Führung wegen, sondern beispielsweise auch wegen fehlender Ausrüstung, einem teilweise defekten Fuhrpark und veraltetem Gerät. Wer hier, beim KSK, den Hebel ansetzt, will offenbar den noch verbliebenen Rest an deutscher Verteidigungsfähigkeit von innen sabotieren. Und ein abschreckendes Beispiel setzen für jeden, der im Dienst der deutschen Streitkräfte steht. Die Botschaft lautet: Wer nicht kuscht, der fliegt!

Dem Dreigestirn aus Merkel (an der politischen Spitze), Högl und Kramp-Karrenbauer (wie auch schon zuvor von der Leyen) geht es offenbar darum, jeden, der im Dienst der deutschen Streitkräfte steht, politisch einzunorden und zu instrumentalisieren. Die Bundeswehr verändert dadurch ihren Charakter: Weg von einer Verteidigungsstreitmacht, die im

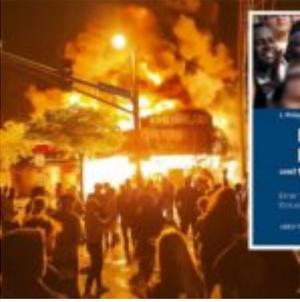
Dienste des ganzen Volkes steht, hin zum ideologisierten, bewaffneten Konfliktpotential einer politischen Klasse, die langfristig ihren eigenen Untergang erahnt. Eine ähnlich straffe Ideologisierung, wie wir sie jetzt erleben, erfuhr die deutsche Armee zuletzt im August 1944 als Reaktion auf den Versuch deutscher Offiziere, den Untergang unseres Landes durch einen Staatsstreich gegen eine militärisch realitätsferne Führung abzuwenden.

Da Besserung innerhalb der etablierten politischen Klasse nicht zu erwarten ist, bleibt den Betroffenen nur der Ausweg des offenen politischen Widerstands oder alternativ der inneren Emigration. Ausharren, bis der Spuk vorbei ist – das erfordert Geduld und Nerven. Die gute alte deutsche Soldatentugend der Disziplin kann hier den Unterschied zwischen Sieg oder Niederlage ausmachen – diesmal im Kampf gegen den Feind im Inneren, den Feind von oben in der politischen Führung.

Oder wie es Pazderski ausdrückt: „Ein trauriger Tag für die Sicherheit unseres Landes und für alle unsere Soldaten. Ich schäme mich für die rückgratlose Politik der Bundesregierung.“



PI-NEWS-Autor [Manfred Rouhs](#), Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins [Signal für Deutschland e.V.](#), der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem [ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen](#) per Streaming und hat die Broschüre [„Coronazeit – Leben im Ausnahmezustand“](#) herausgegeben. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt [Firmengründungen in Hong Kong](#).



Warum es in Amerika und überall knallt

Die schauerlichen Bilder aus den USA, Großbritannien und anderen „vielfältigen“ Ländern gleichen sich aufs Haar: Überall randalieren Schwarze und Angehörige anderer Minderheiten besinnungslos, von reiner Zerstörungs- und Plünderungswut getrieben, während hellhäutige Menschen im Hintergrund Öl ins Feuer gießen und in den Medien lautstark nach „Gerechtigkeit“ und „Gleichheit“ schreien. Und ebenso überall zeigen sich Polizisten, Journalisten und Politiker bereit, vor der Gewalt der Straße wortwörtlich in die Knie zu gehen und die Täter gewähren zu lassen, ja sogar ihnen zuzustimmen.

Die Unruhen in Amerika und in der gesamten westlichen Welt sind der endgültige Sargnagel von Multikulti und der großen, erbärmlichen Lüge der Friede-Freude-Eierkuchen-Gesellschaft. Alle Menschen sind gleich, wollte man uns weismachen. Alle feststellbaren Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen, von Bildungsniveau bis Kriminalitätsrate, sollen bloß Folgen „rassistischer“ Ungleichbehandlung und mangelnder „Förderung“ sein.

Nun aber steht die Welt dieser Gleichheitsfanatiker völlig auf dem Kopf: Die Krawalle verlaufen haargenau entlang der ethnischen Bruchlinien, über die man heute nicht mehr sprechen darf! Und natürlich ging es von Anfang an nicht um mutmaßliche Polizeigewalt, sondern um all die Übel, die „Whitey“ seinen

Mitmenschen anderer Hautfarbe seit Jahrhunderten angeblich antun soll.

Dabei ist die Sache völlig logisch – wenn man nicht völlig linksgrün verblendet ist und vom unterschiedslosen Einheitsmenschen träumt. Jeder Mensch kann mit bloßem Auge erkennen, dass es unterschiedliche Menschenrassen gibt, und all die angeblichen „Vorurteile“ über gewisse Verhaltensbesonderheiten dieser oder jener ethnischen Gruppe hätten sich nie über Jahrhunderte gehalten, wenn sie nicht etwas Wahres besagen würden. Im akademischen Betrieb wird aber hemmungslos auf einen alten Mann und Nobelpreisträger eingedroschen und ihm der Lebensabend zur Hölle gemacht, wenn er die nachweisbare „rassistische“ Wahrheit ausspricht ([PI-NEWS berichtete](#)).

Zuletzt hat der renommierte Anthropologe Andreas Vonderach in [seiner mutigen Klarstellung](#) auf die schlimmen Folgen für Wissenschaft und Medizin hingewiesen, die das heutige Redeverbot über diese Tatsachen hat. Doch auch auf staatlicher Ebene kann die menschliche Natur nicht einfach zurechtgelogen werden. Wer einen Computer mit falschen Daten füttert, darf sich nicht über unsinnige Ergebnisse wundern – und ebenso kann eine Politik, die die Unterschiede der Menschen nicht berücksichtigt und völlig unangemessene Einheitslösungen ausgibt, für gesellschaftlichen Frieden oder gar Fortschritt sorgen. Das jetzige Chaos in den USA stellt diesem Wahnsinn ein blutiges Zeugnis aus.

Ein früher Mahner, geradezu ein Pionier zu diesem Thema war der 2012 verstorbene britisch-kanadische Psychologieprofessor und Verhaltensforscher John Philippe Rushton. Sein Grundlagenwerk „Race, Evolution, and Behavior“ erschien erstmal 1995 und belegte umfangreich, quellensatt und dennoch gut verständlich, dass und warum die Menschenrassen in diversen Bereichen viel zu unterschiedlich sind, um uns alle in einem großen „Melting Pot“ zusammenschmelzen zu wollen. So wird klar, dass ein solches Projekt einem Verbrechen gleicht,

weil dadurch die Bedürfnisse von niemandem erfüllt und alle miteinander vernachlässigt werden – ganz anders als bei einer „rassistischen“ Politik, die Unterschiede anerkennt und dementsprechend auf die Menschen eingeht.

Wir erinnern uns: Ende 2015 wurde eine Rede von Björn Höcke über Verhaltensweisen von „Flüchtlingen“ und Einwanderern als „rassistisch“ skandalisiert. Berufen hatte sich der AfD-Politiker auf die Forschungsergebnisse von John Philippe Rushton! 2005 hat der österreichische Ares-Verlag Rushtons Studie auf Deutsch veröffentlicht. Es lohnt sich heute mehr denn je, einen Blick in diesen Klassiker zu werfen: Nicht nur, um zu begreifen, wie wir entgegen aller Wissenschaft seit Jahrzehnten im Namen eines absurden „Antirassismus“ und verfehlter Toleranz drangsaliert werden. Noch viel wichtiger ist, sich begründet zur Wehr setzen zu können, wenn die nächste „Black Lives Matter“-Demo losgeht und die drohenden Fragen kommen, weshalb man denn nicht mitschreien will...

Bestellinformation:

» John Philippe Rushton: „Rasse, Evolution und Verhalten“ – [hier bestellen!](#)



Video: GRundfunk statt GEZ-

Abzocke!

Während die Medien- und Informationslandschaft einem äußerst dynamischen Wandel unterliegt, hat sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk einer Reform stets verweigert. Nun haben sieben AfD-Landtagsfraktionen [ein Konzept erarbeitet](#), das die vielfältige und langjährige Kritik an den bestehenden Strukturen konstruktiv umsetzt. Im Rahmen einer Pressekonferenz im Düsseldorfer Landtag wurde dieses Konzept am Dienstagnachmittag der Öffentlichkeit vorgestellt.

[Das Interesse der Medien](#) an dem Papier war erwartungsgemäß hoch, gerade viele GEZ-Journalisten folgten trotz Parlamentsferien und Corona-Einschränkungen mit sorgenvollen Gesichtern der Einladung. Kein Wunder, würde doch die Umsetzung der AfD-Pläne ein Ende des Milliarden Euro schweren Schlaraffenlandes für überwiegend links-grün gepolte Meinungsgouvernanten bedeuten.

Konkret fordert die AfD den Wegfall teurer Parallelstrukturen und Spartensender, eine bürokratische Verschlinkung – beginnend bei den aberwitzigen Spitzengehältern von Intendanten und sonstigen öffentlich-rechtlichen Topverdienern –, sowie eine Konzentration auf den Informationsauftrag. Dadurch könnten laut AfD die Gesamtausgaben auf rund zehn Prozent des bisherigen Volumens reduziert werden, die dann mittels einer Kulturabgabe für große Medien- und Streamingdienste finanziert würde. Auf die Bürger würden somit keinerlei direkte Zahlungen mehr zukommen.

„Durch die Konzentration auf Kultur und Bildung kann ein Grundfunk die Medienlandschaft des Digitalzeitalters wesentlich sinnvoller ergänzen als ARD, ZDF und Deutschlandfunk in ihrer heutigen Programmgestaltung. Denn auch die ÖRR schielen seit Jahrzehnten hauptsächlich auf Quoten, was die programmatischen Unterschiede in weiten Teilen bereits jetzt schon verwischt“, beschreibt Joachim Paul,

stellvertretender AfD-Fraktionsvorsitzender in Rheinland-Pfalz und Bundesvorstandsmitglied, die Motivation zur Erstellung des 20-seitigen Konzeptpapiers.

Auch sein Kollege und medienpolitische Sprecher der AfD aus Schleswig-Holstein, Volker Schnurrbusch, kritisiert wichtige Teile der Programmgestaltung: „Der Einfluss der Parteien auf die öffentlich-rechtlichen Medien widerspricht dem eigentlichen Anspruch auf eine grundsätzlich neutrale Berichterstattung und muss ausgeschlossen werden.“

Der stellvertretende AfD-NRW-Fraktionsvorsitzende Sven W. Tritschler, gemeinsam mit Paul und Schnurrbusch einer der Initiatoren des Projekts, ergänzt im Hinblick auf die wieder gestiegenen Gebühren:

„Eine Zwangsabgabe ist nicht mehr zeitgemäß und sollte intelligenteren Lösungen weichen“, so Tritschler. „Die Grundversorgung muss natürlich gewährleistet sein – dafür braucht es aber nicht den größten und teuersten Rundfunk der Welt.“



Linksradikale Gewalt gegen

Polizisten gehört fast schon zum guten Ton

Wenn eine Innenstadt, wie gerade in Stuttgart geschehen, von einem ausser Kontrolle geratenen Mob verwüstet wird, ist das ein Politikum per se. Im grün regierten Musterländle Baden-Württemberg und in der ebenfalls grün regierten Hauptstadt Stuttgart will die Regierung von Stadt und Land nicht so recht etwas gewusst haben von dem Gewaltpotenzial, das sich am vergangenen Wochenende entlud. So viel Dummheit oder Feigheit der politischen Führungsorgane ist auch ein Politikum.

Der Stuttgarter Polizeipräsident brachte kurz die völlig in die Irre führende Formulierung von einer «Partyszene» ins Spiel; der Mann weiss offenbar weder, was eine «Party», noch, was eine «Szene» ist. Die Manager der Stuttgarter Klubs haben zu Recht sofort protestiert.

Die Täter scheinen weder politisch noch religiös irgendwie gross drauf gewesen zu sein, aber sie brüllten offenbar intensiv und immer wieder: «Fuck the police, fuck the system!» Und unter dieser Selbstbedröhnung eskalierten auch die Angriffe gegen die Polizisten, alle Uniformierten, Polizeiautos und sogar Polizeistationen.

«Systemumsturz» und «Die Bullen sind Schweine» sind Sprüche, die einen fünfzig Jahre alten Bart haben, auch wenn die Brüller aus Stuttgart von der Geschichte nichts wissen. Einen Ursprung der partiellen Akzeptanz von Gewalt gegen Polizisten findet man im Juni 1970: Damals erschien der Artikel [«Natürlich kann geschossen werden»](#), der dem «Spiegel» aus dem «Untergrund» von der gerade in Gründung befindlichen RAF zugespielt worden war. Dieser Text stiess das erste Mal nach dem Zweiten Weltkrieg das Tor zur Gewalt gegen Polizisten als Repräsentanten des «kapitalistischen» Systems auf...
(Fortsetzung dieses informativen [Artikels von Bettina Röhl](#) in

der NZZ! Bezahlschranke mal offen, mal zu)



Haushaltsputsch der Berliner Regierung

Von WOLFGANG HÜBNER | Als es in Deutschland noch einigermaßen ordentlich zuging, war der früher in Frankfurt, nun in Berlin ansässige Bundesrechnungshof eine hochgeachtete, respektierte und auch gefürchtete unabhängige Behörde. Deren wichtigste Aufgabe war und ist die Prüfung der Bundeshaushalte. Das ist sowohl für den Staat als auch für seine Bürger von größter Wichtigkeit, ist diese Prüfung doch eine Kontrolle von politischen Entscheidungen, die keineswegs zwangsläufig nur das Wohl der Nation zum Ziel haben müssen. Die breite Öffentlichkeit nimmt gleichwohl von der Tätigkeit des Bundesrechnungshofs nicht viel Notiz, wichtiger erscheinen meist tagespolitische Probleme und ideologische Gefechte.

Doch auch und gerade dabei geht es stets um Geld, um öffentliches, von arbeitenden Bürgern und erfolgreichen Unternehmen erwirtschaftetes Geld. Als Folge der Corona-Krise geht es nun um besonders viel Geld, genauer gesagt ums Schuldenmachen im ganz großen Stil. Um die ökonomischen Schäden des staatlich verfügten Stillstands zu beheben, will die Bundesregierung im laufenden Jahr nicht weniger als 218,5 Milliarden Euro neue Schulden machen. [Das kritisieren nun die](#)

[Beamten vom Rechnungshof](#), weil nicht weniger als knapp 43 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes damit kreditfinanziert wären – „ein historischer Wert.“

Vor allem der Umgang mit einer bestehenden Haushaltsrücklage von 48,2 Milliarden Euro irritiert die Rechnungsprüfer, deren Präsident übrigens ein langjähriger CDU-Politiker ist. Statt diese riesige Summe dafür zu verwenden, das Finanzierungsdefizit im Haushalt und damit auch die Neuschuldenlast zu senken, will die Regierung diese Summe nicht anrühren, zumindest vorerst nicht. Die Motive dazu sind sehr durchsichtig, denn die nächste Bundestagswahl findet bereits 2021 statt. Dann wollen Finanzminister Scholz und seine SPD, aber gewiss auch die Unionspolitiker an bestimmte Wählerklientels allerlei Geschenke verteilen, um Stimmen einzuheimsen. Das kritisiert zwar selbst der CDU-Wirtschaftsrat, doch der ist längst ein zahnloser Tiger im Merkel-System der Partei.

Der Rechnungshof bemängelt zudem die Verletzung von elementaren Grundsätzen wie Jährlichkeit, Fälligkeit sowie Wahrheit der Haushalte. All diesen Punkten hatte das Bundesverfassungsgericht in einem Grundsatzurteil zwar höchste Bedeutung zuerkannt. Doch das kümmert weder die Regierung noch die Abgeordneten der sie tragenden Parteien, wenn sie erwartungsgemäß am Donnerstag den Nachtragshaushalt mit großer Mehrheit verabschieden werden. Sie können das auch problemlos, weil in den sogenannten „Qualitätsmedien“ dieser faktische Haushaltsputsch so gut wie keine Rolle spielt, angeblicher Rassismus dafür umso mehr.

Gerade weil die Haushaltswirtschaft des Staates naturgemäß ein sperriges, schwieriges Thema ist, müssten zumindest diese selbsternannten „Qualitätsmedien“ die politischen Anmaßungen und Verschuldungsorgien in Berlin kritisch kommentieren. Doch Deutschland wird inzwischen fast reibungslos durchregiert. Die negativen haushaltspolitischen Folgen werden sich gleichwohl in Zukunft bei den Bürgern finanziell bemerkbar machen. Doch

dann wird man dem Souverän erklären, das sei nun mal nicht zu ändern und auf Corona deuten. Leider wissen die dafür verantwortlichen Politiker und Parteien, dass sie damit Erfolg haben dürften.



Hübner auf der Buchmesse 2017 in Frankfurt.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Wo
lf
ga
ng
Hü
bn
er
sc
hr
ei
bt
se
it
vi
el
en
Ja
hr
en
fü
r
di

es
en
Bl
og
,
vo
rn
eh
ml
ic
h
zu
de
n
Th
em
en
Li
nk
sf
as
ch
is
mu
s,
Is
la
mi
si
er
un
g
De
ut
sc
hl
an

ds
un
d
Me
in
un
gs
fr
ei
he
it
. Der
r
la
ng
jä
hr
ig
e
St
ad
tv
er
or
dn
et
e
un
d
Fr
ak
ti
on
sv
or
si

tz
en
de
de
r
„B
ür
ge
r
fü
r
Fr
an
kf
ur
t“
(B
FF
)
le
gt
e
zu
m
En
de
de
s
Ok
to
be
rs
20
16
se
in
Ma

nd
at
im
Fr
an
kf
ur
te
r
Rö
me
r
ni
ed
er
.
De
r
le
id
en
sc
ha
ft
li
ch
e
Ra
df
ah
re
r
is
t
üb
er
se



Nicht auf Knien: US-Frauenfußballerin im Netz gefeiert

Als die Hymne zu spielen begann, legte sie die Hand aufs Herz und... blieb stehen! Und das, obwohl alle anderen Spielerinnen auf die Knie fielen. Als Einzige schloss sie sich dem „Black Lives Matter“-Kniefall nicht an. Das Foto geht um die Welt.

Die US-Fußballerin wird als „wahre Patriotin“ und „Heldin“ gefeiert.

Zugetragen hat sich die Szene bei einem Spiel der US-amerikanischen Frauenfußball-Profiliga NWSL am Samstag, 27. Juni 2020.

Bei Nationalhymne stehen geblieben

Bevor das Fußballspiel begann, setzten alle Spielerinnen der Klubs „Portland Thorns“ und „North Carolina Courage“ demonstrativ ein Zeichen und gingen während der US-Hymne auf die Knie. Der gemeinschaftliche Protest fand beim Abspielen der US-Nationalhymne an der Mittellinie statt, auch die Reservespielerinnen machten an der Seitenlinie mit.

Alle? Nein, nicht alle: Die 23-jährige Samantha Murphy blieb an der Seitenlinie stehen. Sie verweigerte den Kniefall und stand aufrecht zur Nationalhymne.

Jubel im Netz: „Wahre Patriotin“

Im Netz wird die Profifußballerin als Heldin und „wahre Patriotin“ gefeiert.

A true patriot. pic.twitter.com/Do3ubw3pV6

– Ashley StClair ?? (@stclairashley) [June 28, 2020](#)

So schrieb der Ex-Polizist und Youtuber Tim Kellner auf Facebook: „Ehre steht aufrecht, Feigheit kniet“. Just bekam er dafür mehr als 8000 Likes.

Es ist oft nur ein Augenblick, der über Ehre oder Feigheit entscheidet.Über Stolz oder Schmach.Dieser eine Augenblick..

Posted by [Tim K.](#) on [Monday, June 29, 2020](#)

Symbolisch nach wochenlanger Knie-Challenge

Die Fußballerin dürfte so ziemlich die erste Person in der Öffentlichkeit sein, die der seit Wochen tobenden „Auf die Knie“-Challenge der selbsternannten „Anti-Rassismus“-Kampagne widerspricht. Im Zuge der „Black Lives Matter“-Proteste wurde es üblich, dass Weiße vor Schwarzen demonstrativ knien. So hieß es auch in einer gemeinsamen Erklärung der Fußballerinnen:

„Wir sind aufs Knie gegangen, um gegen Rassenungerechtigkeit, Polizeibrutalität und systematischen Rassismus zu protestieren.“ Die Spielerinnen trugen Shirts mit der Aufschrift der Initiative „Black Lives Matter“.

Anfang Juni fielen auch deutsche Polizeibeamten, wie dies derzeit in der gesamten westlichen Welt üblich ist, vor Demonstranten auf die Knie:

pic.twitter.com/Zb3X4Yv2B5

– Gundel Gaukeley (@gundel_gaukeley) [June 11, 2020](#)

Den Rekord in der Knie-Challenge dürften noch die US-Demokraten halten: Diese gingen unlängst im amerikanischen Kongress [für ganze acht Minuten und 46 Sekunden auf die Knie](#).

(Dieser Beitrag erschien im Original auf [wochenblick.at](#))



Gambier onaniert vor Gutmensch*In bis die Handschellen klicken

Auch in Sachsen gibt es vom Toleranz-, Retter- und Gutmenschensyndrom Betroffene. Eine offensichtlich derart verbildete 28-jährige Zwickauerin wurde am vergangenen Wochenende in die Realität katapultiert, nachdem sie und ihr Freund ihre Hilfsbereitschaft für [Goldstücke](#) ausgelebt hatten.

Laut [Polizeibericht](#) hatten sie und ihr Freund am Samstagnachmittag einem 25-jährigen gambischen Staatsangehörigen angeboten, ihn mit dem Auto zum Ziel seiner Wahl zu chauffieren, nachdem dem VIP-Gast der Kanzlerin die Mitfahrt in einem Bus in Zwickau verweigert worden war, weil er keinen Mundschutz trug.

Während der Fahrt überkam den Neger die Lust nach sexueller Befriedigung. Er betatschte die Gutmensch*In während er gleichzeitig onanierte. Der Freund der „[Erlebenden](#)“ hielt darum eine Streife der Bundespolizei an, die den nach Befriedigung Dürstenden kurz darauf festnahm. Die polizeiliche Maßnahme tat der Erregung des Afrikaners aber keinen Abbruch, er hantierte an seinem Geschlechtsteil bis man ihm Handfesseln anlegte.

Der Testosterongepalgte wurde in eine Klinik gebracht. Dass so ein Verhalten nicht normal ist – zumindest in unserer

zivilisierten Gesellschaft – ist nicht von der Hand zu weisen. Dennoch ist die rasche Einordnung in einen „psychisch Auffälligen“ und sein Verbringen in ein Krankenhaus wohl eher der Unterwürfigkeit unserer Justiz vor den Eindringlingen geschuldet, als der Sorge um den Gesundheitszustand des Mannes – man will ja nicht als rassistisch gesehen werden. Es kann also davon ausgegangen werden, dass seine Herkunft ihn zu einem Arzt und nicht vor einen Richter brachte.

Ob die bereicherte Zwickauerin ihre Lektion gelernt hat ist nicht bekannt. (lsg)



Rassismuswahn: L'Oréal tilgt Worte wie „Aufheller“ für seine Produkte

Von L.S.GABRIEL | Aktuell hat man mehr als je zuvor den Eindruck, dass ein Großteil der Menschen weltweit verrückt wird. Die Menschheit scheint kollektiv zu verblöden. Nach der Gender-, Klima- und Coronahysterie ist nun der Rassismus dran. Seit der dunkelhäutige Verbrecher George Floyd in den USA bei einer polizeilichen Maßnahme starb wird nicht nur ein Krimineller zu einer Art Messias hochgelobt, sondern allüberall wird nun Rassismus gewittert. Auch wenn es keiner ist wird solange insistiert, gedroht, der Angeprangerte

geächtet, ans medial Kreuz genagelt bis er kleinlaut gesteht ein Rassist zu sein oder sich unabsichtlich einer rassistischen Tat schuldig gemacht zu haben.

Erst kürzlich traf es zum [wiederholten Male](#) die [Mohrenbrauerei](#) im österreichischen Vorarlberg. Sie stand schon einmal im Fokus sogenannter „Antirassisten“, die ihre Hypermoral mit plumpem Faschismus durchsetzen wollen. Den Kniefall der Woche legt aber die Kosmetikfirma L'Oréal hin. In vorauseilendem Gehorsam und absoluter Submission [gelobte der Konzern](#) Begriffe wie „Aufheller“ oder „bleichen“ und „weiß“, „klar“, „hell“, usw. aus seinen Hautpflegeprodukten zu tilgen, da diese offenbar im Verdacht stünden zu implizieren, dass helle Haut gegenüber dunkler zu bevorzugen sei. Dass diese Art der Buntisierung und das Ausmerzen von allem, das weiß oder hellhäutig als Schönheitsideal darstellt de facto Rassismus gegen Weiße ist, darüber denkt man eher nicht nach, zumal es so etwas angeblich ja überhaupt nicht gibt.

L'Oréal zeigt nicht zum ersten Mal, welcher Art von Ideologie sich die Chefetage hingibt. Anfang 2018 warb der Konzern mit einem Hidschab-Model für Haarshampoo ([PI-NEWS berichtete](#)). Dass es absurd ist mit Haar, das man nicht sehen kann, für die Qualität eines Haarpflegeproduktes zu werben war zweitrangig hinter dem Wunsch sich dem Islam anzudienen.

Auch der Unilever-Konzern wird seine Gesichtscreme „Fair & Lovely“ umbenennen, da auch „fair“ u.a. für „hell“ steht. Man möchte künftig ein „vielfältigeres Schönheitsideal“ ansprechen, erklärte das Unternehmen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Produkte, die dunkle Hautverfärbungen aufhellen ganz aus den Regalen verschwinden sollen.

Im Grunde könnte man derartige Dummheiten auch einfach ignorieren und diese Firmen boykottieren. Das Fatale solcher Entschlüsse ist aber, dass sie den linken Wunsch nach Zersetzung befördern. Wörter aus einer Sprache zu eliminieren ist eine gravierende Manipulation. Nimmt man einem Volk die

Sprache, nimmt man ihm die Identität. Die gemeinsame Sprache ist das stärkste und verbindendste Element, das ein Volk hat. Wer die Sprache zerstört, der legt den Grundstein für eine sehr effektive Umerziehung, die deshalb so wirkungsvoll ist, weil sie durch die Hintertür unsere Art zu denken verändert. Das soll uns wohl für die kommende „dunkle“ Zukunft vorbereiten.



Der Deutschland-Hass der nichtbinären Hengameh Yaghoobifarah

Von EUGEN PRINZ | Haben Sie schon einmal von „DW News“ gehört? Falls nicht, dann dann geht es Ihnen wie dem Autor, der bis vor wenigen Tagen diesen Nachrichtenkanal auch nicht kannte, obwohl er mit unseren [Steuergeldern finanziert](#) wird.

„DW News“ ist ein globaler englischsprachiger Nachrichten- und Informationskanal des deutschen öffentlich-rechtlichen internationalen Senders [Deutsche Welle](#), der im Sommer 2015 gegründet wurde.

Volkserziehung in Englisch

Und wo „öffentlich-rechtlich“ draufsteht, ist Gehirnwäsche und Volkserziehung drin. Kein Wunder also, dass das „nichtbinäre“

Es iranischer Abstammung namens Hengameh Yaghoobifarah, dort bereits im Jahr 2017 im Rahmen eines Interviews zur damaligen [Leitkulturdebatte](#) eine Plattform bekam, ihren Deutschlandhass zu verbreiten.

Wem trotz der aktuellen Nachrichtenlage dieses Geschöpf mit dem kuriosen Geschlecht kein Begriff sein sollte, der kann sich [hier](#) und [hier](#) informieren.

Übersetzung des Interviews bei „DW News“ (in Auszügen):

***Moderator:** Was geht Ihnen durch den Kopf, wenn der deutsche [Innenminister sagt](#), es gäbe eine Liste von zehn Aspekten, die das Deutschsein definieren?*

Es: Da geht mir vieles durch den Kopf. Der Gedanke, der mir zuerst in den Sinn kommt ist, warum sollte jemand Deutscher werden wollen? Es ist ja nicht so, dass Deutschland so ein glamouröses Image hätte, dass man da gerne dazugehören will.

***Moderator:** In allen Umfragen ist Deutschland derzeit das populärste Land weltweit und das schon seit zwei oder drei Jahren. Also ist es doch ein beliebter Platz um dort zu leben?*

Es: Scheinbar, aber nicht für Leute, die hier aufwachsen.

***Moderator:** Was ist dann für Sie, Deutscher zu sein? Wie würden Sie das Deutschsein definieren?*

Es: Das Deutschsein zu beschreiben, ist sehr schwer ohne dabei lügen zu werden.

***Moderator:** Sie können ruhig lügen werden, wir sind hier unter Freunden.*

Es: Eine der ersten Assoziationen, die ich mit dem Deutschsein verbinde, ist passive Aggressivität, Rassismus, so tun, als ob man tolerant sei, während man auf zahlreichen Ebenen diskriminierend ist. Nicht anzuerkennen, dass es verschiedene diskriminierende Strukturen gibt, wie zum Beispiel der

Sexismus.

Moderator: *Nennen Sie mir doch bitte ein Beispiel dieser Diskriminierung, das Sie in ihrem Leben sehen.*

Es: In meinem Leben in Deutschland sehe ich eine Menge Deutsche, die Moslem-Kulturen oder Kulturen aus dem Nahen Osten die Schuld für Sexismus, Patriarchismus und Belästigungen und Gewalt gegen Frauen geben, obwohl Deutschland von Natur aus sexistisch ist.

Die Deutschen: Menschen ohne sauberen Hintergrund

Weil das alles noch nicht genügt, hat das adipöse Wesen in einem zu Beginn der Corona-Krise erschienenen [Artikel in der „taz“](#) die in Deutschland lebenden Menschen in zwei Kategorien aufgeteilt:

Jene, mit einem sauberen Hintergrund, das sind die Moslems, die sich nach dem Stuhlgang den Allerwertesten mit der bloßen Hand und Wasser abwischen und jene „ohne sauberen Hintergrund“, das sind die Benutzer von trockenem und/oder feuchtem Toilettenpapier, also das Gros der indigenen Deutschen, die mit den „Bremsspuren in der Unterhose“ (alles [hier](#) nachzulesen).

Da stellt sich die Frage, warum sich dieses Geschöpf überhaupt noch in unserem Land aufhält, wo es doch hier so schrecklich ist und die Leute so unhygienisch? Warum folgt das Es nicht dem Ruf seiner iranischen Wurzeln und kehrt für immer ins gelobte Land der Mullahs zurück, in das Land, in dem man sich mit der bloßen Hand und Wasser nach dem Stuhlgang den Anus säubert?

Vielleicht deswegen, weil das „nichtbinäre“ Es dort möglicherweise schon nach wenigen Tagen an einem Baukran baumeln, von einem Hochhaus herunterstürzen oder bis zur Hüfte eingegraben als Zielscheibe für eine Horde Steinwerfer dienen würde?

Ein Blick in den Kopf des Hengameh

Einen interessanten Blick in den Kopf des Hengameh erlauben auch diese im selben Artikel veröffentlichten Zeilen:

„Man muss nicht mal auf spontanes Rimming (sogenanntes Arschlecken) stehen, um sich für die Po-Dusche zu begeistern.“

Man kann nur hoffen, dass das Hengameh bald fündig wird und das gewünschte „spontane Rimming“ von jemanden mit der gleicher Interessen- und Gesinnungslage bekommt. Vielleicht gibt es dann eine Weile Ruhe und wir werden von ihren frommen Wünschen verschont, zum Beispiel dem, *„dass alle, auch Sie, zu einem schambefreiten Verhältnis zu ihrem Hintern und ihrer Scheiße finden können.“*

Ja, Deutschland ist tatsächlich ein Irrenhaus.



Eugen Prinz
auf dem Freie
Medien-
Kongress in
Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

- » *Telegram Kanal: Eugen Prinz DIREKT* (t.me/epdirekt)
- » [Twitter Account des Autors](#)
- » [Spende an den Autor](#)

